



Zu ihrem 14. Europatag lud die Bundeszahnärztekammer nach Berlin ein. Von links: BZÄK-Präsident Dr. Peter Engel, Moderator Hendrik Kafsack, Norbert Lins (CDU), Gaby Bischoff (SPD), Dr. Wieland Schinnenburg (FDP) und BZÄK-Vizepräsident Prof. Dr. Dietmar Oesterreich.

## Hohes Qualitätsniveau erhalten

### 14. Europatag der Bundeszahnärztekammer

**Ganz im Zeichen der bevorstehenden Europawahl stand der 14. Europatag der Bundeszahnärztekammer in Berlin. Unter dem Titel „Europawahl 2019 – Richtungswahl für Europa“ debattierte die BZÄK mit Vertretern verschiedener Parteien über deren europapolitische Zielsetzungen in den Teilbereichen Binnenmarkt und Gesundheit. Zu den rund 60 Gästen gehörten Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments, Vertreter des Bundeswirtschafts- und des Bundesgesundheitsministeriums, der Wissenschaft sowie mehrerer Berufsverbände.**

In seiner Begrüßung stellte der Vizepräsident der BZÄK, Prof. Dr. Dietmar Oesterreich, die wachsende Bedeutung der Europäischen Union für die Zahnärzteschaft heraus. Er betonte, dass viele für

den Berufsstand relevante Aspekte längst nicht mehr auf nationaler, sondern auf europäischer Ebene entschieden werden. Beispielhaft verwies er auf EU-Vorgaben für Medizinprodukte, das Thema Amalgam und die zahnärztliche Ausbildung.

Mit Sorge erfüllt Oesterreich die politische Diskussion über die Zukunft der regulierten Berufe, die auf europäischer Ebene insbesondere von der Europäischen Kommission vorangetrieben wird. Ein Abbau berufsrechtlicher Vorgaben soll dabei zur Intensivierung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor beitragen und für mehr Mobilität der Beschäftigten sorgen. Überspitzt formuliert wird berufsrechtliche Reglementierung als „Sündenfall“ eines Markteingriffs gesehen, der die wirtschaftliche Entfaltung behindert. Der Vizepräsident der BZÄK kritisierte diese Meinung als zu kurzfristig und forderte die künftigen Europaabgeordneten auf,

in dieser Frage wachsam zu sein. Die Ökonomie dürfe nicht der wesentliche Bewertungsmaßstab für das Berufsrecht sein.

### BZÄK stellt europapolitisches Positionspapier vor

Oesterreich nutzte den Europatag, um das europapolitische Positionspapier der BZÄK mit insgesamt acht Kernanliegen vorzustellen. So fordert die BZÄK im Patienteninteresse die Sicherstellung der unbeeinflussten freien Berufsausübung, die Verabschiedung einer Europäischen Charta der Freien Berufe, die Prüfung von EU-Vorgaben auf deren bürokratische Auswirkungen und die Gewährleistung einer hohen Qualität der zahnmedizinischen Ausbildung. Daneben geht es der Bundesorganisation darum, die Digitalisierung im Gesundheitswesen ausschließlich zum Nutzen der Patienten zu gestalten, Amal-

gam als notwendiges Füllungsmaterial zu erhalten, die Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen konsequent fortzusetzen und weitere Initiativen zur Verbesserung der Mundgesundheit und Lebensqualität der Menschen anzustoßen.

An der anschließenden Impulsdiskussion über binnenmarktpolitische Entwicklungen rund um die regulierten Berufe nahmen der Präsident der BZÄK, Dr. Peter Engel, und der Leiter der für europapolitische Fragen zuständigen Unterabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums, Dr. Heinz Hetmeier, teil. Moderiert wurde die Diskussion vom Brüsseler Korrespondenten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Hendrik Kafsack.

### Sonderrolle für die Gesundheitsberufe

Anknüpfungspunkt war die Umsetzung der im Sommer 2018 verabschiedeten EU-Richtlinie über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen, die bis Ende Juli 2020 abgeschlossen sein muss. Hetmeier wies darauf hin, dass der Umsetzungsprozess noch nicht beendet sei und Deutschland den Verhältnismäßigkeitstest auf dem Wege eines Bundesgesetzes einführen wolle. Engel sprach die in der Richtlinie festgelegte Sonderrolle für Gesundheitsberufe an. Der nationale Gesetzgeber müsse bei der berufsrechtlichen Regulierung der Gesundheitsberufe das Ziel eines hohen Niveaus des Gesundheitsschutzes

beachten. Der Präsident der BZÄK forderte die Bundesregierung auf, dies auf nationaler Ebene zu verankern. Hetmeier wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Zahnärzte weniger im Fokus seien als andere Freie Berufe. Gleichwohl räumte er ein, dass auch die Gesundheitsberufe von den Entwicklungen betroffen seien und sich entsprechend vorbereiten sollten.

### Parteienforderungen auf dem Prüfstand

Zu mehr Aufmerksamkeit für Europa riefen die anwesenden Politiker auf. An der Diskussionsrunde beteiligten sich Norbert Lins (CDU), Mitglied im Gesundheitsausschuss des Europäischen Parlaments, Gaby Bischoff (SPD), Kandidatin für die Europawahl und ehemalige Präsidentin der Arbeitnehmergruppe im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, sowie Dr. Wieland Schinnenburg (FDP), Mitglied im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages.

Angesichts der vielfältigen Herausforderungen für die EU hoben sie unisono die Bedeutung der Europawahl hervor. Norbert Lins wagte die provokante These, dass die Europawahl im Land ernster genommen werde als vom Politikbetrieb der Hauptstadt. Mit Blick auf den Verhältnismäßigkeitstest warb er dafür, das Verfahren selbst mit Verhältnismäßigkeit anzugehen und keine überhöhten Anforderungen an den nationalen Gesetzgeber zu stellen. Einen weiteren Schwerpunkt

bildete der Brexit. Alle Politiker präferierten einen baldigen EU-Austritt Großbritanniens und forderten ein schnelles Ende der Hängepartie.

In seinem Schlusswort betonte Dr. Peter Engel, dass die letzten 60 Jahre eine Erfolgsgeschichte für Europa gewesen seien. Dies könne jedoch erst in 50 Jahren richtig gewürdigt werden. Der Präsident der BZÄK appellierte an den deutschen Gesetzgeber, die Verhältnismäßigkeitsrichtlinie mit Augenmaß umzusetzen und vor allem der Sonderrolle der Gesundheitsberufe Rechnung zu tragen.

### Herausforderungen gemeinsam angehen

Mit Blick auf die europäische Gesundheitspolitik stellte Engel fest, dass alle EU-Mitgliedsstaaten vor ähnlichen gesundheitspolitischen Herausforderungen stünden. Diese müssten gemeinsam angegangen werden. Gleichwohl gebe es zwischen den nationalen Gesundheitssystemen erhebliche Unterschiede, die europäischen Einheitslösungen entgegenstünden. Engel plädierte dafür, den eingeschlagenen Weg der freiwilligen Kooperation und des Systemvergleichs auch in den kommenden Jahren fortzusetzen. Oberstes Ziel müsse es im Interesse der Patienten sein, das hohe Qualitätsniveau der Gesundheitsversorgung aufrechtzuerhalten.

Dr. Alfred Büttner  
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK



Der Zahnarzt und FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Wieland Schinnenburg beteiligte sich an der Diskussion der Politiker.



Dr. Peter Engel stellte sich der Debatte mit einem Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums.